

Budget: Nach der Wahl ist vor dem Sparpaket. Auch bei Pensionen?

Altersarmut: Mit wie viel / wenig Geld wir auskommen müssen.

Unter obigem Titel berichtete DER STANDARD von einer Veranstaltung des Fiskalrates Mitte Juni, dem Wächtergremium über die österreichischen Staatsschulden. **Christoph Badelt**, Ökonom und Präsident des Fiskalrates wird wie folgt zitiert:

"Ich habe nicht viel Neues zu berichten. Aber das Alte wird immer dramatischer. **Die Situation spitzt sich zu**". Österreichs Schulden-situation sei alles andere als zufriedenstellend, es drohe ein Defizitverfahren wegen Verstoßes gegen die EU-Maastricht-Kriterien im nächsten Jahr und in Österreich ein Sparpaket. Badelt weiter: "**Nach der Wahl wird der Kassasturz kommen**. Dann wird, auf Wienerisch gesagt, Schluss mit lustig sein." Der neue Finanzminister werde es jedenfalls nicht leicht haben.

Sparpaket: Österreich verfehlt die EU-Schulden-Kriterien „kilometerweit“

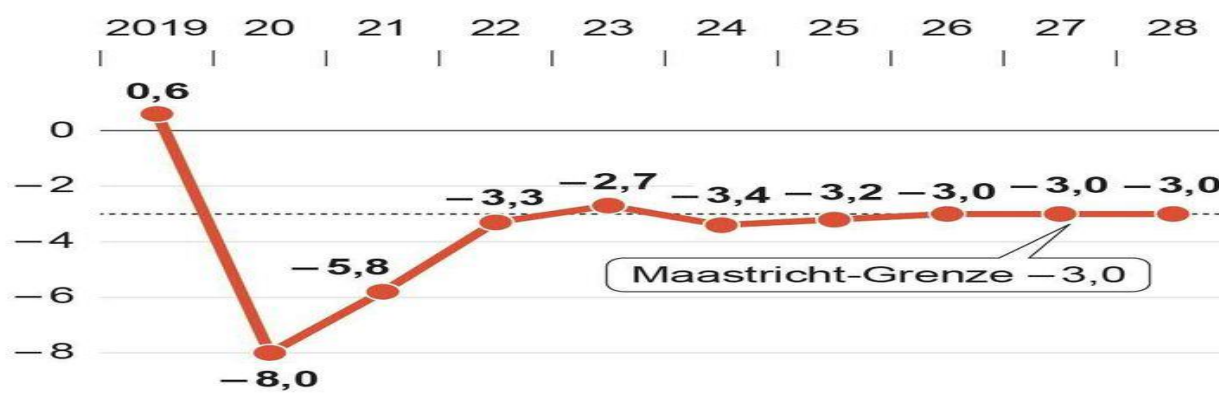
Unsere Staatsschuldenquote liegt seit Jahren weit über den erlaubten 60%. Der Fiskalrat berechnet heuer 78,5 und nächstes Jahr 79,1 %. Die Steigerung entsteht dadurch, weil Österreich auch das zweite Maastricht-Kriterium verfehlt (kein Staatsdefizit über 3%). Wir werden wohl heuer bei -3,4% landen.

Präsident Badelt sprach davon, dass wir die **EU-Schuldenziele kilometerweit verfehlen**.

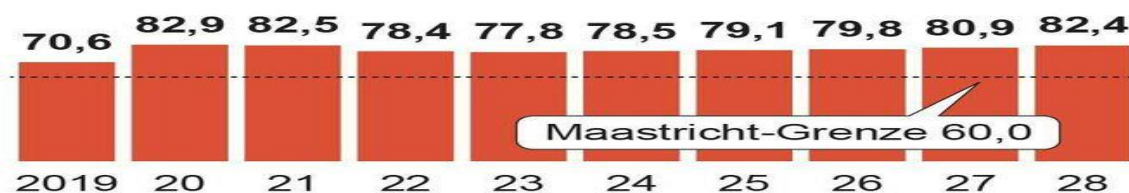
Und: "Es gibt keine Ambition und keine Strategie zur gesamtwirtschaftlichen Konsolidierung", sagt Badelt in Richtung der türkis-grünen Regierung. Das Defizit sei "persistent" – das heißt, nichts deutet auf einen baldigen Schuldenrückgang hin, wie auch die Prognose bis 2028 erkennen lässt:

Budget-Prognose bis 2028

Finanzierungssaldo in Prozent des BIP



Öffentlicher Schuldenstand in Prozent des BIP



Grafik: © APA, Quelle: Fiskalrat



Graphik: APA, basierend auf Zahlen des Fiskalrates

Und tatsächlich traf mittlerweile ein Schreiben der EU-Kommission ein, darin wird Österreich zu **Einsparungen von 11,6 Milliarden € in den nächsten 4 Jahren aufgefordert**: Demnach müsse die künftige Regierung zwischen 2025 und 2028 jährlich einen Betrag von etwa 2,6 Milliarden Euro einsparen.

Kleiner „Gag“ am Rande: Österreich muss nun jene Regeln ausbaden, auf die einige Länder, darunter auch Österreich, besonders drängten und die nun seit April gelten. Aufgrund dieser Regeln müssen Budgetsünder – also auch Österreich – 0,5% der Wirtschaftsleistungen Jahr für Jahr einsparen. So entstehen die oben zitierten 11,6 Mrd. €.

Sparen & neue Steuern

Weil die Lage kritisch sei, schlug Badelt vor, nicht nur zu sparen, sondern **auch bei den „Staatseinnahmen ohne Tabus Potenziale auszuloten“**, also auch neue Steuern einzuheben.

Ob das etwa Erbschafts- oder Vermögenssteuern sein sollen, ließ der Fiskalratspräsident offen.

Hinsichtlich Sparen präsentiert er ein Bündel altbekannter Forderungen: Reform des Förderwesens, Krisenhilfen konsequent auslaufen lassen, Pensionserhöhungen abseits regulärer Anpassungen unterlassen.

Solche **Einsparungen wären machbar**, darauf weist das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO hin. Bereits zwischen 2011 und 2016 wurden jährlich 0,8 % des BIPs als Konsolidierungskurs nach der Finanzkrise geschafft. Damals in einer Kombination aus Steuererhöhungen und Kürzungen: Steuern für Topverdiener zogen an, die Registrierkasse wurde eingeführt, es gab Kürzungen bei gewissen Familienförderungen, zitierte DER STANDARD.

Bleibt die Frage: Woher nun das Geld nehmen?

Für den BAV-Newsletter am interessantesten sind wohl angedachte Einsparungen bei den Sozialausgaben. Die ÖVP spricht in ihrem Österreich-Plan davon, dass es „keine soziale Hängematte“ mehr geben solle.

Allerdings recherchierte DER STANDARD, dass bei den oftmals von manchen Politikern heftig kritisierten Unterbereichen Arbeitslosigkeit und Mindestsicherung, kaum etwas zu holen ist. Zwar gibt Österreich pro Jahr **140 Mrd. €** unter dem Titel „Sozialstaat“ aus, aber von 100 Euro entfallen 72 € auf Pensionen, Gesundheit und Pflege.

Nur 6 € kostet der Bereich Arbeitslosigkeit und nur 2 € die Mindestsicherung. Wenn also wirklich Einsparungen im Sozialbereich nötig werden sollten, dann drohen diese wohl im Pensionsbereich, in der nebenstehenden Graphik unter „Alter“ als größter Block aufgelistet.

Aber ob sich die künftige Regierung wirklich traut, die Pensionist:innen als treue Stammwähler zu vergraulen?

Quelle Graphik: DER STANDARD

Aufteilung Sozialleistungen



* Wohnen, Sozialhilfe, Flüchtlingsversorgung, u. a.

Quelle: Statistik Austria, Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS) | DERSTANDARD

Wie der **Rechnungshof kürzlich kritisierte**, passierte jahrelang das Gegenteil: Anstelle die Pensionen nur an den Verbraucherpreisindex anzupassen, gab es immer noch ein Zuckerl obendrauf. Mögliche Einsparungen werden wohl nur künftige Pensionist:innen treffen, in dem man z.B. doch das Pensionsantrittsalter an die gestiegene Lebenserwartung anpasst oder die Abschläge bei frühzeitigem Antritt erhöht, etc.

Als **weitere Einspar-Bereiche** im österreichischen Haushalt erkennt das WIFO noch die Förderungen. Da würde man mit 30 Mrd. € mehr fördern, als jeder andere EU-Staat.

Wer aber mitverfolgt hat, wie schwer sich die Regierung in den letzten Monaten getan hat, um **umweltschädliche Förderungen** („Dieselprivileg“) zumindest als „diskussionswürdig“ in ein Papier zu schreiben (und danach anzukündigen, dass erst eine Arbeitsgruppe zur Evaluierung im Herbst eingesetzt werde), kann erahnen, wie wenig Chancen Einsparungen in diesem Bereich haben. Und von ewigen Einsparpotentialen wie etwa **Verwaltungsreform** – zur Abschaffung von Doppel-Kompetenzen zwischen Bund und Ländern) wollen wir gar nicht mehr träumen.

Was bleibt, sind wohl Steuererhöhungen. Wahrscheinlich kommen keine Erbschafts- und Vermögenssteuern (die sogar von internationalen Institutionen Österreich empfohlen wurden), sondern Massen-Steuern, wie die Erhöhung der Umsatzsteuer. Die würde alle, aber verhältnismäßig stärker die unteren Einkommens-Bezieher treffen. „**Modell Rasenmäher**“ nannte das DER STANDARD.

Mit wie viel / wenig Geld die Österreicher:innen auskommen müssen

Wenn nun doch alle Österreicher:innen das Sparpaket schultern müssen, lohnt sich ein Blick auf die aktuelle Einkommens-Situation.

Dazu hat vor dem Sommer die **Statistik Austria die Zahlen für 2023** vorgelegt. Eine Fülle von Daten und Tabellen kann man sich auf der Webseite herunterladen und [zwar hier...](#)

Eine Kurz-Zusammenfassung für Sie:

Das Median-Einkommen der österreichischen Haushalte beträgt 45.180 € pro Jahr.

Median bedeutet den Mittelwert, d.h. eine Hälfte der Haushalte hat weniger als 45.180 € im Jahr, die andere mehr. Das **unterste Viertel hat weniger als 27.305 €**, das oberste Viertel dagegen 68.796 €.

Für das verfügbare Nettohaushaltseinkommen werden in den rund 4.113.000 Haushalten Erwerbseinkommen, Kapitalerträge, Pensionen und Sozialleistungen aller Personen im Haushalt addiert und Steuern sowie Sozialversicherungsbeiträge abgezogen.

Schaut man sich nur die **Pensionist:innen an**, so beträgt das Median-Haushaltseinkommen nur mehr 34.911 €. Konkret fallen unter diese Gruppe 1.053.000 Haushalte.

Dramatisches zeigt sich aber bei **alleinlebenden Frauen mit Pensionszahlungen**: Dort liegt das Median-Einkommen bei 23.884 €. Das untere Viertel hat weniger als 18.178 € pro Jahr.

Ebenso nicht viel besser ist die finanzielle Lage von Frauen, die noch nicht in Pension sind: Die Hälfte der Frauen verfügt über höchstens 26.148 Euro im Jahr. Diese dramatische **Schlechterstellung der Frauen erscheint uns als wesentliches Ergebnis für Sie als Berater:innen**:

Frauen sind bereits und werden auch künftig von Altersarmut bedroht, als Folge von **Karenz bzw. Teilzeit wegen „Care-Arbeit“**, die typischerweise von Frauen erledigt wird. Egal ob Kinderbetreuung oder Altenpflege: Beides lastet in der Regel auf den Frauen, reduziert ihre Gehälter und damit auch die Pensionshöhe.

Private Vorsorge sollte jedem Kunden, aber vor allem jeder Kundin empfohlen werden, um dem Problem „Altersarmut bei Frauen“ etwas entgegen setzen zu können.

Quellen: Versicherungsjournal, Statistik Austria, APA, DER STANDARD